

- Collage „Das wichtigste ist absolute Offenheit“ / „Was ist da an
Kreativleistung?“ / „Sind wir auf dem richtigen Weg?“
- Ansage: Die Berater – Experten für den Ernstfall? Ein Feature von Dagmar
Lorenz.
- O-Ton: Und Sie, Müller, werden das tun!
- Atmo: Schiffshorn, fahrendes Schiff
- Sprecherin: Es herrscht schönes Sommerwetter, als das Forschungsschiff
„Ludwig Prandtl“ für eine zweistündige Exkursion den Stadthafen von
Schleswig Richtung Ostsee verlässt. An Bord sind Wissenschaftler
des Helmholtz-Zentrums für Material- und Küstenforschung
Geesthacht mit ihren Messinstrumenten und Analyse-Apparaturen.
„Forschung vor Anker“ heißt die einwöchige Veranstaltung, in deren
Verlauf das Forschungsschiff einige Häfen entlang der schleswig-
holsteinischen Ostseeküste anläuft, damit sich Besucher über die
Arbeit der Küstenforscher informieren können: etwa über
Untersuchungen zur Entwicklung des regionalen Klimas. Die
Experten aus Geesthacht, nahe Hamburg, sehen sich dabei mit
Fragen von Behörden und Anrainern konfrontiert. Volker Dzaak,

zuständig für Logistik, Organisation und neue Technologien am
Helmholtz-Zentrum:

OT Dzaak: Wir waren in Flensburg, wir sind heute in Schleswig und haben da natürlich Kontakt zur Regionalpolitik, werden da natürlich auch gefragt von den Bürgermeistern und Bürgervorstehern: „Ja, was passiert eigentlich mit der Ostsee in den nächsten Jahren?“ Wir hatten gestern eine Veranstaltung in Kappeln, da sind sehr viele Segler bei uns gewesen zum Thema „Klimawandel im Ostseeraum“ mit der Fragestellung „Ja, was passiert eigentlich in der Ostsee? Wir bemerken, dass die Windgeschwindigkeiten doch etwas zunehmen, wir bemerken stärkere Algenblüten, die unsere Schiffe bremsen“. Und das sind natürlich Fragen, die an uns herangetragen werden, wo wir einfach merken: Das Ganze hat ne Bedeutung, was wir machen. Es gibt ganz unterschiedliche Gruppen, die Bedarf haben an Forschungsinformation.

Sprecherin: Insbesondere zum Thema „Klimawandel“, das wie kaum ein anderes Umweltthema in Politik und Medien diskutiert wird. Antworten erwarten nicht nur die Betroffenen vor allem von der Wissenschaft.

OT Dzaak: Klimawandel tritt immer dann in der Öffentlichkeit besonders stark hervor, wenn wir Ereignisse haben: wie große Algenblüten, wie große Vorkommen von Quallen in der Ostsee. Oder auch bei anderen Ereignissen wie der Elbeflut, das Hochwasser in der Elbe. Da werden wir natürlich auch gefragt: Ist das Klimawandel? Wie sind die Auswirkungen? Und da versuchen wir natürlich erstmal zu sehen: Wie ist eigentlich die Analyse? Das heißt, wir haben jetzt konkret, als das Elbhochwasser war, jeden Tag Wasserproben genommen, um zu sehen, wie ist eigentlich die Auswirkung? Ist das anders als 2002, wo wir auch gemessen haben? Und diese Ergebnisse, die werden uns in den nächsten Wochen noch beschäftigen.

Sprecherin: Vor schnellen Schlussfolgerungen allerdings, so Dzaak, sei dabei gewarnt.

- OT Dzaak: Es gibt genug Beispiele in der Vergangenheit, wo man im Grunde genommen zu schnell mit markigen Aussagen war, ohne den Prozess richtig verstanden zu haben und das ist eine Gefahr. Wissenschaft lebt ja auch von der Glaubwürdigkeit. Und Glaubwürdigkeit kann man eigentlich nur dann aufrechterhalten, wenn man wirklich auch die Prozesse richtig versteht und wenn man auch die Daten, die man hat, richtig interpretiert.
- Sprecherin: Volker Dzaak spielt hier auf das sogenannte „Waldsterben“ an, also auf die Behauptung, dass die deutschen Wälder innerhalb weniger Jahre wegen des sogenannten „sauren Regens“ absterben würden. Davor hatten in den 1980er Jahren einige Forstwissenschaftler gewarnt und mit ihren Voraussagen dramatische Umweltszenarien in Politik und Medien ausgelöst. Die sich inzwischen bekanntlich als haltlos erwiesen haben.
- OT Storch: Die Waldsterbensaffäre war sicher eine besonders üble Situation, die durchaus vielleicht prototypisch sein könnte für manches Verhalten von Naturwissenschaftlern, die um der guten Sache willen sagen: Ich erreiche die Öffentlichkeit ja nur, wenn ich das ein bisschen überzeichne, wenn ich es zuspitze, wie der schöne Ausdruck ist. Nur dann wird man mir die erforderliche Aufmerksamkeit geben, damit das von mir als wirklich sehr wichtig anerkannte Problem gelöst wird. Das ist insofern interessant, als dass man zunächst einmal glaubt, man könnte beurteilen, was mit den anderen Problemen ist. Also dass man sagt: „MEIN Problem ist das wichtigste, die anderen sind nicht so wichtig, deshalb darf ICH übertreiben, aber ich bitte doch darum, dass die anderen nicht übertreiben“.
- Atmo: Teeküche unter Deck
- Sprecherin: Hans von Storch hat in der Teeküche unter Deck Platz genommen.
Der Klimaforscher ist Leiter des Zentrums für Küstenforschung in

Geesthacht und Professor am Institut für Meteorologie an der Universität Hamburg. In seinen Beiträgen zur Klimadebatte kritisiert von Storch eine seiner Ansicht nach problematische Auffassung von Beratung im Beziehungsgeflecht zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik.

OT Storch: Die Klimaforschung selbst als Forschung ist so eine wie viele andere auch. Aber die Besonderheit der Klimaforschung ist natürlich, dass wir in ganz erheblichem Maße Fragen aus der Gesellschaft uns gegenüber sehen, also nicht nur technischen Fragen, wie viele ingenieurwissenschaftliche Bereiche das haben, sondern gesellschaftliche Fragen nach Deutung: und die Wissenschaft wird gefragt von gesellschaftlichen und politischen Kräften: „Was sollen wir tun“? Das können wir natürlich gar nicht beantworten, obwohl wir unerfreulicherweise doch viele Grenzgänger haben in unserem Bereich, die öffentlich sehr wirksam sind und genau diese Frage beantworten, obwohl sie es in Wirklichkeit gar nicht können.

Sprecherin: Wie aber kommt es dann, dass man sich auf internationalen Klimakonferenzen längst geeinigt hat, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf maximal 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen? Solche konkrete Zielvorgaben beruhen doch auf dem Rat wissenschaftlicher Experten? Und hat nicht sogar einst eine renommierte Institution wie das Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung dieses „Zwei-Grad-Ziel“ ausdrücklich begrüßt?

OT Storch: Ja, es ist ursprünglich so argumentiert worden: Je stärker die Erwärmung, umso stärker die Schäden für Gesellschaft, für

Ökosysteme und dergleichen und wenn man mal so durchgeht, wo die denn zu erwarten seien, dann sei es schon so, dass ab 2 Grad in der globalen Mitteltemperatur die Schäden doch sehr viel gravierender würden, insofern hat man dann irgendwann mal gesagt: 2 Grad. Wir wollten im Wesentlichen eine Zahl geben der Politik, mit der die gut argumentieren kann, so Intervalle etwa von 2 bis 3 Grad oder sowas sei zu schwierig zu verstehen (für) Politiker, also haben wir ihnen den Gefallen gegeben, als sie rumgejault haben: gebt uns doch endlich eine Zahl – da haben wir ihnen eine Zahl gegeben. Und diese Zahl hat sich jetzt verselbständigt, aber sie ist natürlich eine politisch konstruierte Zahl. Sie wird aber verkauft als eine wissenschaftliche Wahrheit – DAS ist das eigentliche Problem.

Sprecherin: Und damit, sagt Hans von Storch, habe sich die Wissenschaft in das hineinmanövriert, was von Storch in dem von ihm mitverfassten Buch „die Klimafalle“ nennt.

OT Storch: Das ist sozusagen die Klimafalle von Seiten der Wissenschaft, dass wir uns selbst beschädigen in unserem selbstkritischen Umgang. Es gibt aber auch noch eine zweite Seite der Klimafalle, das ist die Seite für die Politik. Dadurch dass die Politik von sich behauptet, man würde ja sozusagen auf Weisung der höheren Einsicht agieren, ist es ja nicht mehr möglich, dass man über irgendwas verhandelt, was ja ein integraler Bestandteil jeder Politik sein müsste, ein Abwägen von Interessen ist nicht mehr möglich, ein Einbinden von Werten ist nicht mehr möglich. Das heißt: Die Politik gibt ihre Aktionsmöglichkeit weg, weil sie nur noch Durchführer von etwas ist, was von außen kommt und überlegen ist. In Wirklichkeit funktioniert das so ja natürlich nicht, aber dieser Anspruch wird erhoben: Ich muss eben dieses Zwei-Grad-Ziel einhalten, und damit ist Ende der Fahnenstange. Also die beiden Seiten: die Wissenschaft beschädigt ihre eigene Fähigkeit, sich selbst zu korrigieren, und damit auch die eigenen Aussagen fester zu machen – Politik verliert ihre Fähigkeit, politisch zu agieren. Also ich würde immer dafür plädieren, dass man sagt: Wissenschaft ist Wissenschaft und Politik ist Politik – das sind zwei verschiedene gesellschaftliche Vorgänge und die würde ich auch gerne so erhalten sehen.

Sprecherin: Denn am Ende, so von Storch, handele es sich doch um die Frage demokratischer Entscheidungsprozesse:

OT Storch: Trauen wir uns ein Urteil zu, das nicht nur ein Vollziehen von Expertenmeinung ist, die uns in den Medien oder sonstwo vorgeführt werden? Übernehmen wir selbst Verantwortung oder nicht? Insofern steht im Zentrum dieser ganzen Argumentation ein gewisses Menschenbild. Wieviel Verantwortung wollen wir übernehmen für uns selbst als Individuen oder in welchem Maße lassen wir uns eben von Ideologien steuern?

Atmo: Schiff fährt, Entengeräusche

Sprecherin: Oben, an Deck der „Ludwig Prandtl“, drängen sich die mitfahrenden Gäste um die Messinstrumente. Ermittlung von Messdaten, Auswertungen vorhandener Daten und Studien, Modellrechnungen und die Erstellung von Szenarien – das sind die Mittel, aus denen Zustandsbeschreibungen, Entwicklungsanalysen und Prognosen generiert werden. Wo verläuft die Grenze zwischen wissenschaftlicher Analyse - als Grundlage für politische Entscheidungen - und jener Art von Beratung, die den politischen Prozess mit dem Verweis auf das eigene Expertenwissen ignoriert? Dort, sagt Hans von Storch, wo Themen-Prioritäten und Entscheidungen ausgehandelt werden – denn denkbar wäre es ja, dass etwa eine Zunahme der globalen Klimaerwärmung samt Schadstoff- und Co2-Emissionen in Kauf genommen wird, um

beispielsweise den Bau risikobehafteter Atomkraftwerke zu verhindern.

OT Storch: In der Tat, es ist eine Abwägung, eine politische Abwägung, die da stattfindet, die kann so oder so ausfallen und da haben wir beide das gleiche Gewicht in dem Entscheidungsprozess und dann geht es in der Tat um Werte, die da sind, und es steht mir nicht zu, zu sagen: Ihre Werte sind weniger wert als meine. Ich habe dann keinen Expertenstatus mehr, nachdem ich meinen Expertenstatus ausgespielt habe, indem ich sage: „Wenn Du dies tust, wenn Du mehr Co2 emittierst, kriegst du den und den höheren Anteil an Meeresspiegelanstieg oder Temperatur – natürlich alles in der gebotenen Unschärfe dabei – aber wenn ich das gesagt habe, muss ich meinen weißen Kittel ausziehen und sagen: Übrigens, ich bin auch ein Bürger und ich möchte gerne dieses, weil es mir besonders wichtig erscheint und der andere Kram ist mir nicht so wichtig.

Sprecherin: Bevor das Schiff wieder im Hafen von Schleswig anlegt, verabschiedet sich Hans von Storch, dieses Mal als Realpolitiker.

OT Storch: Demokratie darf auch Entscheidungen fällen, die sich im Nachhinein als ungünstig erweisen. Dummheit ist erlaubt!

Atmo: vorbeifahrendes Auto, Schritte

Sprecherin: Von Schleswig nach Potsdam: auf dem Weg zum Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, dem renommierten think tank zum Thema „globaler Klimawandel“ und dessen ökologische, wirtschaftliche und soziale Folgen. Neben seiner Forschungstätigkeit berät das Institut unter anderem die Bundesregierung, sowie internationale Organisationen wie etwa die Weltbank. Zu dieser herausgehobenen

Position passt zweifellos das Institutsgebäude: ein prächtiges historisches Observatorium inmitten eines gepflegten Landschaftsparks. Hier, auf dem Potsdamer Telegrafenberg beriet schon im 19. Jahrhundert eine naturwissenschaftlich-technische Forschungselite Behörden, ja sogar Polarexpeditionen.

Atmo: Institut, Stimmen im Hintergrund

Sprecherin: Im Institutsgebäude empfängt mich Ottmar Edenhofer, stellvertretender Direktor und Chef-Ökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung. Edenhofer ist Co-Vorsitzender der Arbeitsgruppe drei zur Minderung des Klimawandels im Weltklimarat IPCC und außerdem noch gelernter Philosoph. Die Kritik im Hinblick auf die „Klimafalle“ ist ihm bekannt und er weist darauf hin, dass schon der 1920 verstorbene Soziologe Max Weber den Verdacht äußerte, dass wissenschaftliche Politikberatung sich eine Entscheidungsmacht anmaße, die den demokratischen Prozess aushebelt.

OT Edenhofer: Und ich glaube: Das steht Pate in der ganzen Diskussion um die Klimawissenschaft. Man hat nämlich das Gefühl, dass die Frage: Was sind die Ursachen des Klimawandels? Was sind die Folgen und was kann man tun?, dass das quasi an die Experten delegiert worden ist und hier steht natürlich pars pro toto der sogenannte Weltklimarat, der IPCC Pate oder ist die Zielscheibe all derer, die befürchten, dass also jetzt die Experten letztlich alle wesentlichen Entscheidungen im Rahmen des Klimawandels vorschreiben, und dass damit für die

Öffentlichkeit, für die Parlamente eigentlich keine Wahlfreiheit mehr besteht. Das ist sozusagen das Gefahrenszenario mit dem impliziten Vorwurf, dass das eigentlich ein undemokratisches Verfahren ist und dass es in der Klimawissenschaft antidemokratische Tendenzen gibt. Und das ist sozusagen das Gefahrenszenario.

Sprecherin: Diese Vorwürfe sucht Ottmar Edenhofer mit zwei Argumenten zu entkräften:

OT Edenhofer: Der eine Aspekt ist der, dass die Entscheidungsträger ja zunächst mal Information benötigen, wenn sie eben über komplexe Sachverhalte entscheiden müssen und das trifft nicht nur für die Klimawissenschaft zu, das trifft genauso für die Frage der Rettungspläne in der Eurokrise zu – also es gibt heute praktisch keine politischen Entscheidungen mehr, die ohne Wissenschaft getroffen werden können – das ist ein Faktum, das gewissermaßen den gesamten Entscheidungsprozess der Politik durchzieht. Und jetzt ist die Frage: Was ist unter so einer Voraussetzung ne sinnvolle Arbeitsteilung zwischen Wissenschaft und Politik?
Weber hat gesagt: Wir sollten der Politik die Entscheidungen überlassen, welche Ziele verfolgt werden sollen. Also die Öffentlichkeit, die Parlamente, haben die Aufgabe, Zielvorgaben vorzugeben. Und dann hat halt eben die Wissenschaft die Aufgabe, die Mittel ausfindig zu machen, mit denen diese Ziele am besten zu erreichen sind. Und das ist eigentlich bislang das Verständnis, wie die Arbeitsteilung zwischen Politik und Wissenschaft funktionieren sollte.

Sprecherin: Klingt plausibel, funktioniert aber angeblich nicht:

OT Edenhofer: Dieses Modell funktioniert deswegen nicht, weil die scharfe Unterscheidung von Werten und Fakten nicht funktioniert.

Sprecherin: Denn, so Edenhofer: Entscheidungen, die auf Werten beruhen, gibt es nicht nur in der Politik. Sie sind auch Teil des Wissenschaftssystems selbst.

OT Edenhofer: Also die ganze Wissenschaft ist wertbeladen, denn der Referenzpunkt der Wissenschaft ist die Objektivität, ist die Wahrhaftigkeit, ist die Konsistenz und so weiter. Und ohne diese Werte würde die Wissenschaft nicht funktionieren.

Sprecherin: Die Konsequenz daraus:

OT Edenhofer: Wenn man sich das mal klar gemacht hat, dann ist es klar, dass Werte und Fakten ineinander verwoben sind und dass diese feine säuberliche Trennung von Fakten und Werten so nicht mehr funktioniert und damit auch nicht mehr die Arbeitsteilung „die Wissenschaft ist für die Fakten zuständig, die Politik für die Werte“ – sondern dann bedarf es eines Lernprozesses, in den die Wissenschaft und die Politik sich begeben müssen, um herauszufinden: Was sind denn in einer konkreten Situation für Pfade gangbar, und welche Optionen sind denn eigentlich machbar?

Sprecherin: Wobei wir wieder beim Klimawandel wären und den Kommissionen, die sich mit ihm befassen.

OT Edenhofer: Und das ist genau das, was wir zum Beispiel im Weltklimarat tun: Und wir haben ja dafür auch ne Formel und die Formel heißt: Wir sollen politikrelevant sein, das heißt: Wir sollen den Entscheidungskontext, die Entscheidungsprobleme der Politiker mit einbeziehen, ohne aber deswegen selber die Entscheidungen vorzuschreiben. Und mir scheint, dass dieses Modell in gar keiner Weise antidemokratisch ist.

Sprecherin: Was aber bedeutet das konkret für die Beratung selbst? Ein Blick in die Pressemitteilungen des Potsdam Instituts für Klimafolgenabschätzung vermittelt den Eindruck: Hier werden Empfehlungen gegeben, Konsequenzen angemahnt, Szenarien angedeutet – meist indes als Möglichkeits- und Wahrscheinlichkeitsszenarien, als Zukunftsentwürfe im Konjunktiv.

Zitator 1: „Verzögerte Klimapolitik könnte kurzfristige Vermeidungskosten verdreifachen.“

- Zitator 2: „Hitze-Extreme nehmen bis 2040 um ein Vielfaches zu: [...] Eine weitere Zunahme von Hitze-Extremen in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts könnte vermieden werden, wenn der globale Ausstoß von Treibhausgasen stark verringert würde.“
- Zitator 1: „Jedes Grad Erderwärmung könnte den Meeresspiegel auf lange Sicht um mehr als 2 Meter erhöhen.“
- Sprecherin: Über die Zukunft oder den Weg dorthin kann auch die Wissenschaft bekanntlich keine exakten Angaben machen, allenfalls Modelle und Szenarien entwerfen – oder sich, laut Edenhofer, als eine Art von Kartograf betätigen, der Landkarten zeichnet, mit deren Hilfe sich gesellschaftliche Akteure orientieren könnten – wenn sie es überhaupt wollen.
- OT Edenhofer: Die Wissenschaft ist nicht der Navigator. Der Navigator muss entscheiden, wohin die Reise gehen soll. Er muss entscheiden, wie er die Reise organisiert, wen er mitnimmt, und er hat ne ganze Fülle von Entscheidungen zu treffen, wo der Wissenschaftler nur ganz begrenzt von Hilfe sein kann. Die Wissenschaft kann solche Landkarten bereitstellen, und vor allem muss die Wissenschaft eines tun: Dass sie auch die weißen Flecken auf den Landkarten benennt, also nicht nur darüber spricht, was sie weiß, sondern vor allem auch darüber spricht, was sie nicht weiß. Wo die Unsicherheiten groß sind. Wir ringen im Augenblick im IPCC sehr intensiv mit der Frage, was wir eben nicht wissen, wo unsere Expertise eben genau nicht ausreicht, um nem Politiker die Empfehlung zu geben, welche Risiken und welche Kosten mit einen bestimmten Pfad verbunden sind.
- Sprecherin: An diesem Punkt jedoch steht Wissenschaftsberatung unter dem Druck der Politik: Mit ihrer Expertise soll sie beispielsweise bestimmte Investitions-Entscheidungen rechtfertigen, politische Mehrheiten an

Land ziehen – oder bestimmte Maßnahmen propagieren.

Sachzwänge, heißt es dann, nötigten geradezu die Entscheider in unserer Gesellschaft zu diesem oder jenem Handeln. Sich auf dieses Spiel einzulassen, etwa ein wissenschaftliches Gutachten nach dem Kriterium zu verfassen, ob die dort vertretenen Positionen konsensfähig sind und Differenzen innerhalb eines Forschungsteams auszuhandeln, indem man sich gar auf kompromissfähige Zahlen und einen Mittelwert einigt – all dies ist für Ottmar Edenhofer nicht akzeptabel.

OT Edenhofer: Wir haben zum Beispiel im Augenblick ne heftige Debatte, was das nachhaltige Potential von Bioenergienutzung ist. Und hier ist doch die Frage vernünftig zu stellen: Hat das etwas mit Wertentscheidungen zu tun, oder hat das etwas mit empirischen Einschätzungen zum Beispiel über die künftige Agrarproduktivität zu tun? Allein darüber den Entscheidungsträger zu informieren, wäre ein großer Schritt nach vorne. Anstatt gewissermaßen ein vermeintliches Konsensurteil abzugeben, wo politische Aushandlungsprozesse in die Wissenschaft hineingetragen werden. Es scheint mir sinnvoller zu sein, wenn die Wissenschaft sich überhaupt nicht drauf einlässt, der Politik die Sachzwänge zu liefern, die sie gerne nachfragt, sondern eben bescheiden darauf besteht und sagt: Hier haben wir ne Differenz das sind die Gründe für diese Differenzen und mehr können wir dazu im Augenblick nicht sagen.

Sprecherin: Eine kartografische Professionalität wissenschaftlicher Beratung sollte nach Ottmar Edenhofer dann so aussehen:

OT Edenhofer: Wenn wir es schaffen könnten, dieses Aufzeichnen von Landkarten etwas professioneller zu gestalten, glaube ich, hätte die Öffentlichkeit mehr davon und hätten auch am Ende die politischen Entscheidungsträger mehr davon – auch dann, wenn sie nicht immer glücklich sind, wenn wir mit vielen „wenn“ und „abers“ und mit vielen

Unsicherheiten und mit vielen weißen Flecken auf den Landkarten unsere Berichte abschließen.

Atmo: fahrendes Auto, Schritte

Sprecherin: Als ich den Telegrafenberg wieder herabsteige, stelle ich mir die Frage, ob es nicht einfach auch wissenschaftliche Beratung jenseits des Interpretations- und Deutungsdrucks gibt, den die Wissenschaft offenbar beklagt. Denn auch das ist möglich: Volker Dzaak vom Helmholtz-Institut Geesthacht erzählt mir, wie seine Kollegen mit Hilfe von Modellrechnungen und Messungen eine konkrete Antwort auf eine konkrete Frage fanden – nicht mehr und nicht weniger:

OT Dzaak: Politik ist ja sehr ereignisgesteuert. Und immer dann, wenn ein Ereignis auftritt, dann muss Wissenschaft auch präsent sein. Wir hatten, als der große Vulkan ausgebrochen ist in Island und die große Aschewolke auf Europa zutrieb, da haben Kollegen gerechnet: Wohin treibt diese Wolke? Wir haben ein großes Experiment, an dem wir beteiligt sind, „Caribik“ mit Namen, da sind Messapparaturen an Bord eines Airbus installiert und dieser Airbus ist tatsächlich auch durch diese Aschewolke geflogen, hat Partikelmessungen ausgeführt und wir haben gerechnet und wir konnten eben zeigen, dass diese Wolke tatsächlich die Bedrohung, die ursprünglich vermutet worden war, nicht hatte. Und da konnte man relativ kurzfristig reagieren. Und es gibt eben solche Beispiele, wie der Ausbruch dieses für mich aussprechbaren Vulkans in Island, da haben wir tatsächlich auch Antworten gehabt.

Sprecherin: Die Frage nach dem Deutungsdruck, dem Klimawissenschaftler, Physiker und Meteorologen ausgesetzt sein können, stellt sich bei anderen Beratungsinstitutionen allein schon deshalb nicht, weil deren Ziele ja gerade in der Interpretation und Deutung von Wirklichkeit

bestehen. Gemeint sind die großen Unternehmensstiftungen. Im Gegensatz zu der mit öffentlichen Geldern finanzierten Stiftung „Wissenschaft und Politik“, die Bundestag und Bundesregierung in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik berät, zielen Unternehmensstiftungen, wie zum Beispiel die Robert Bosch Stiftung, die Körber-Stiftung oder die Bertelsmannstiftung auf eine, wie es in der Selbstdarstellung der Bertelsmannstiftung heißt, „möglichst große und nachhaltige gesellschaftliche Wirkung“ der eigenen Aktivitäten. Die Erstellung eigener Studien etwa zu Fragen des demographischen Wandels oder der Bildung zählt ebenso dazu, wie die Beratung von Ministerien oder eigene Arbeitsprojekte: angefangen von der musikalischen Förderung von Grundschulkindern, bis hin zur Informationsplattform mit Handlungsempfehlungen für Kommunen. Solche oft weltweit agierenden Stiftungen rücken zunehmend in den Fokus der Öffentlichkeit. Ihre Arbeit wird beobachtet und analysiert, so beispielsweise von

OT Renvert: Nicole Renvert, ich bin Forscherin an der NRW School of Governance, wo ich mich insbesondere mit transnationalen Akteuren beschäftige und deren Rolle in den internationalen Beziehungen. Schwerpunkt sind eben Stiftungen, die eben im internationalen Bereich tätig sind.

Sprecherin: Obwohl organisatorisch vom jeweiligen Unternehmen getrennt, sehen gerade große Unternehmensstiftungen sich häufig der Kritik

ausgesetzt, mit den von ihnen geförderten Projekten einseitig die Interessen des Unternehmens zu vertreten. Trifft das wirklich zu?

OT Renvert: Also die meisten Unternehmensstiftungen machen ja beides: Sie fördern und sie sind operativ tätig. Das heißt: Sie haben zwar ihre eigenen Programme, unterstützen aber auch andere Projektpartner, die dann sehr selbständig und auch unabhängig forschen können. Bertelsmann ist ein bisschen anders, weil Bertelsmann eben nicht fördernd tätig ist, sondern rein operativ, aber auch da muss man bei bestimmten Projekten erkennen, dass die sich Experten aus der Wissenschaft suchen, die zumindest für sie unabhängige Ergebnisse produzieren. Das heißt, der Vorwurf, das diene in erster Linie dem Unternehmensinteresse oder ist zu sehr an dem Interesse des Unternehmens orientiert, stimmt in vielen Fällen nicht.

Sprecherin: Wenn aber der Name des betreffenden Unternehmens auf einer Beratungsstudie prangt, die etwa für ein Ministerium erstellt wurde – ist da nicht zu befürchten, dass eventuell auch andere Kriterien als wissenschaftliche Erwägungen eine Rolle spielen? Zudem ja solche Stiftungen häufig eine bestimmte Programmatik haben wie etwa die Förderung unternehmerischen Handelns.

OT Renvert: Da gibt es eben Beispiele, wo man eben nicht mehr genau unterscheiden kann: Ist das das Eigeninteresse des stiftungsnahen Unternehmens, oder ist es tatsächlich ein genuines Bedürfnis, gesellschaftliche Prozesse mitzubegleiten und die auch zu beraten.

Sprecherin: Wobei auch den Beraternen – sprich: z.B. politischen Akteuren – bewusst sein dürfte, dass privat finanzierte Stiftungen bestimmte Zwecke verfolgen. Entsprechend reagieren sie darauf.

OT Renvert: Es hat sich aber gezeigt, dass Entscheidungsträger oft sehr unterschiedliche Quellen benutzen und eben nicht nur eine Studie der Bertelsmann-Stiftung, sondern auch eine Studie einer anderen

© Westdeutscher Rundfunk Köln 2016

Dieses Manuskript einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des WDR unzulässig. Insbesondere darf das Manuskript weder vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben (z.B. gesendet oder öffentlich zugänglich gemacht) werden.

Institution nehmen und nicht nur Informationen aus einer Quelle für ihre Entscheidungen nutzen. Und das ist eigentlich ein positiver Trend, dass es eben eine größere Bandbreite gibt, auf die Entscheidungsträger zurückgreifen können.

Sprecherin: Möglicherweise ist es in einer pluralen Gesellschaft, in der Beratungsleistungen unterschiedlicher Akteure und Institutionen abrufbar sind, für die Unabhängigkeit von Beratung gar nicht mehr so entscheidend, ob eine Stiftung oder Institution aus Bundesmitteln oder aus den Erträgen eines Unternehmens finanziert wird. Möglicherweise liegen ja die Gefahren für ein unabhängiges Expertentum vielmehr in den Bedürfnissen ihrer Auftraggeber begründet: dem Bedürfnis nach Legitimation von Entscheidungen, nach Propagierung mehrheitsfähiger Konzepte, nach Bestätigung von Erwartungen aus der Medienöffentlichkeit: Bedürfnisse, die schon in den Analyseprozess ihrer Berater mit einfließen, noch bevor die entsprechende Studie formuliert, gedruckt und verteilt wurde: So geriete Beratung gewissermaßen in die Sachzwangfalle. Und: Wer berät eigentlich die Berater?

OT Renvert: Das Interessante ist: Die Beratungsinstitutionen haben ja auch Berater. Das heißt: Sie haben oft Gremien, die sich aus Wissenschaftlern, Vertretern der Medien, Entscheidungsträger zusammensetzen. Und die helfen den Stiftungen natürlich auch Themen zu finden. Oft ist das ein recht überschaubarer Kreis, auf welche Personen man da zurückgreift, das heißt: Sie können durchaus den Fall haben, dass sie Professoren von einer bestimmten Universität in allen drei Stiftungsberatungsgremien finden, was ein

bisschen erklärt, warum bestimmte Themen bei allen Stiftungen eine große Rolle spielen. Das sind natürlich auch oft Themen, die in der Politik ganz wichtig sind: China, ein großes Thema, wird von allen Stiftungen in unterschiedlicher Weise bespielt. Da wünscht man sich ein bisschen eine größere Ausdifferenzierung, weil andere Themen dann plötzlich gar nicht mehr unterstützt werden, die dringend einer Unterstützung bedürfen.

Sprecherin: Wie lässt sich also echte thematische Vielfalt hervorbringen und – im Falle wissenschaftlicher Beratung – auch Unabhängigkeit bewahren? Vermutlich bedarf es eines Lernprozesses beider an dem Beratungsprozess Beteiligten: einer Politik, die ihre Denkkategorien zu reflektieren versteht und einer Wissenschaft, die sich diese Kategorien nicht zu eigen macht. Und die Stiftungen? Deren Ziel, meint Nicole Renvert, bestünde darin,

OT Renvert: die Themen, die ja eigentlich in der Politik nicht täglich auf der Tagesordnung stehen, sondern die jenseits des politischen Tagesgeschäfts angegangen werden sollen, dass die Stiftungen sich damit beschäftigen, um Impulse in die Politik hineinzugenerieren. Das funktioniert manchmal, aber es funktioniert in vielen Fällen auch nicht, weil dann die Stiftungen auch nicht innovativer sein können, als die Politik es ist: mit begrenztem Zeitkontingent, mit begrenzten thematischen Bandbreiten.